

Dem Gesundheitsdirektor wird Willkür vorgeworfen

Von Susanne Anderegg. Aktualisiert am 17.03.2012 15 Kommentare

Die Spitäler kritisieren, Thomas Heiniger (FDP) verteile Subventionen und Weiterbildungsbeiträge ungerecht.



Assistenzärztinnen und -ärzte müssen noch lernen. Doch der Kanton zahlt nur im Unispital, im Kispi und im Triemli einen Beitrag an ihre Weiterbildung.

Bild: Keystone

Lukas Furler, der stellvertretende Direktor des Stadtsitals Waid, braucht deutliche Worte. Es sei «willkürlich», wie die Gesundheitsdirektion die Subventionen für die ärztliche Weiterbildung verteile. Nur drei Zürcher Spitäler bekommen vom Kanton Geld für die Ausbildung von Assistenzärztinnen und Assistenzärzten: das Unispital 7,6 Millionen Franken, das Triemli 1,4 Millionen und das Kinderspital 0,6 Millionen. Das entspricht 10'000 Franken pro Assistenzstelle. Diese Subventionen hat der Regierungsrat kürzlich für das laufende Jahr beschlossen. Die andern öffentlichen Akutspitäler, die alle ebenfalls Assistenten ausbilden, gehen leer aus. Für den Präsidenten des Verbandes Zürcher Krankenhäuser, Christian Schär, stellt sich die Frage, «ob der Regierungsrat mit der Bevorzugung der drei Subventionsempfänger den Grundsatz der Rechtsgleichheit eingehalten hat».



Stösst auf breiter Front auf Kritik: Thomas Heiniger. (Bild: Keystone)

Artikel zum Thema

**Exodus im Zolliker Gemeinderat
Zürich verliert im Steuerwettbewerb
7100 neue Parkplätze: Breite Front
gegen Pläne des Flughafens**

Stichworte

Thomas Heiniger

Etwas gesehen, etwas geschehen?



Haben Sie etwas Aussergewöhnliches gesehen, fotografiert oder gefilmt? Ist Ihnen etwas bekannt, das die Leserinnen und Leser von Tagesanzeiger.ch/Newsnet wissen sollten? Senden Sie uns Ihr Bild, Ihr Video, Ihre Information per MMS an **4488** (CHF 0.70 pro MMS).



Die Publikation eines exklusiven Leserreporter-Inhalts mit hohem Nachrichtenwert honoriert die Redaktion mit **50 Franken. Mehr...**

Die beanstandete Ungleichbehandlung beschränkt sich nicht auf die Weiterbildungsbeiträge. Auch bei den Subventionen für «Nichtpflichtleistungen und Leistungen im Rahmen neuer Versorgungsmodelle» werden nur diese drei Spitäler berücksichtigt, wobei das Unispital mit 7,1 Millionen weitaus am meisten erhält (Kispi 0,6 und Triemli 0,1 Millionen). Laut der Gesundheitsdirektion werden damit unter anderem spitzenmedizinische Angebote wie die Transplantationskoordination unterstützt, aber auch Leistungen wie das Führen des zentralen Krebsregisters. Die Subventionen für das Unispital seien eher zurückhaltend kalkuliert, so Hansjörg Lehmann, Leiter der Gesundheitsversorgung.

Defizitäre Spitäler profitieren

Und warum erhalten andere Spitäler keine Unterstützung? Auch sie erbringen Leistungen, die mit den Fallpauschalen ungenügend abgegolten werden. Die Vermutung drängt sich auf, das kantonseigene Unispital werde bevorzugt. Lehmann dementiert: «Die Eigentumsverhältnisse spielen keine Rolle.» Das Gesetz schreibe vor, dass Subventionen «nur an Betriebe erteilt werden können, die voraussichtlich keine oder nur geringe Gewinne erzielen».

Das heisst im Klartext: Spitäler müssen allfällige Defizite mit ihren Erträgen aus der Behandlung von Zusatzversicherten decken. Damit stösst Gesundheitsdirektor **Thomas Heiniger** (FDP) bei den Spitalern gleich nochmals auf Kritik. Sie stellen sich auf den Standpunkt, dass eine solche interne Quersubventionierung im neuen Krankenversicherungsgesetz (KVG) nicht vorgesehen sei. Die Spitäler bräuchten ihre Gewinne, um Eigenkapital aufzubauen. Nur so könnten sie Kredite bei Banken aufnehmen, wenn sie bauen oder Grossgeräte anschaffen wollten. Denn laut dem revidierten KVG, das seit Anfang Jahr gilt, gibt es keine Staatsbeiträge mehr für Investitionen. Im

Prinzip müssen sowohl der Betrieb als auch die Investitionen mit den Fallpauschalen finanziert werden.

Fallpreise «ein Hohn»

Das Problem ist nur, dass die Fallpauschalen zu tief angesetzt sind. Das sagen zumindest die Spitäler. Und wieder ist es der Gesundheitsdirektor, den sie kritisieren. Anfang Dezember hatte der Regierungsrat auf Antrag von Heiniger provisorische Basisfallpreise für 2012 verfügt, da es bis dahin erst einem Teil der Spitäler gelungen war, mit den Krankenkassen Preise zu vereinbaren. Heiniger hat dabei nicht die effektiven Kosten der einzelnen Spitäler berücksichtigt, sondern Einheitspreise festgesetzt. Universitäre Spitäler erhalten einen Basisfallpreis von 11'400 Franken, alle andern bloss 9500 Franken. Heiniger beruft sich dabei auf das KVG. Demnach müssen sich die Tarife an jenen Spitälern orientieren, welche die Leistungen «in notwendiger Qualität effizient und günstig erbringen». Für die Bestimmung der Kosten eines effizienten Spitals stützte sich die Gesundheitsdirektion (GD) auf den langjährigen Fallkostenvergleich der Zürcher Spitäler. Lehmann weist darauf hin, dass höhere Fallpreise auch zu höheren Prämien führen würden.

Mit 9500 Franken dürfte rund die Hälfte der Betriebe nicht durchkommen. Die Stadt Zürich rechnet damit, dass sie ihren beiden Spitälern dieses Jahr rund 40 Millionen zuschiessen muss. Im Triemli wird das Defizit besonders hoch sein. Direktor Erwin Carigiet hält mit seiner Meinung über das Preisdiktat des freisinnigen Gesundheitsdirektors nicht zurück: «Zu glauben, dass man ein Zentrumsspital wie das Triemli mit einem Fallpreis von 9500 Franken finanzieren kann, ist ein Hohn.»

Eine krasse Unterdeckung entsteht auch in der Epi-Klinik. Laut Direktor Guido Bucher muss die Klinik wegen der «radikalen Methode» der GD Massnahmen ergreifen, um nicht in einen Liquiditätsengpass zu geraten. Für Bucher ist es unverständlich, dass nur zwischen universitären und nicht universitären Spitälern unterschieden wird. «Als Spezialklinik fallen wir dazwischen.»

Die Spitäler fühlen sich in ihrer Position gestärkt durch ihre Verhandlungen mit den Krankenkassen Helsana, Sanitas und KPT. Die drei Tarifpartner waren bereit, der Epi einen Fallpreis von 10'850 Franken zu zahlen. Mit dem Triemli hatten sie 10'300 Franken vereinbart. Auf der andern Seite fanden die Versicherer 11'400 Franken für das Unispital zu hoch; sie wollten nur 10'950 Franken zahlen.

Unispital wird analysiert

Zum Ärger der Spitäler hat Heiniger – anders als etwa sein Kollege in Basel – die vereinbarten Preise nicht übernommen. Heiningers Chefbeamter Lehmann begründet dies unter anderem mit den Forderungen von Tarifsuisse, der zweiten Verhandlungsgruppe der Krankenkassen. Deren Preisvorstellungen seien zum Teil noch tiefer gewesen. Lehmann betont auch, dass die Tarife der

GD nur provisorisch seien. Im laufenden Festsetzungsverfahren werde sich zeigen, ob ein Spital zu wenig effizient sei oder der Tarif effektiv zu tief. Unter anderen wird der Preisüberwacher das überprüfen.

Tarifsuisse teilt auf Anfrage mit, man sei mit den 9500 Franken zufrieden. Die definitiven Preise müssten aber individuell pro Spital festgelegt werden. Dabei sollten Unispitäler nicht bevorzugt behandelt werden, hält Tarifsuisse fest. Konkrete Preise will Direktorin Verena Nold nicht nennen. Aus ihren Ausführungen lässt sich aber schliessen, dass die Vorstellungen von Tarifsuisse beim Zürcher Unispital weit von denen der Gesundheitsdirektion abweichen. Die GD begründet den höheren Preis einerseits mit der Behandlung seltener und komplexer Fälle und andererseits mit den medizinischen Innovationen, die erst verzögert in den Fallpauschalen berücksichtigt werden. Doch auch Lehmann ist der Meinung, dass die Kosten des Unispitals genauer analysiert werden müssen: «Wir sind daran.» Auch betreffend Ausbildungsbeiträge räumt er ein, dass die aktuelle Lösung nicht optimal sei. Es sei lediglich eine Übergangslösung. Die GD engagiere sich für eine national einheitliche Abgeltung der ärztlichen Weiterbildung. «Bereits ab 2013 könnten weitere Zürcher Spitäler in den Genuss dieser Beiträge kommen.» (Tages-Anzeiger)

Erstellt: 17.03.2012, 21:32 Uhr

[Alle Kommentare anzeigen](#)